



Ein erneuter intensiver Gedankenaustausch zwischen dem DGB und der CDA

Zu einem knapp dreistündigen Gespräch sind der DGB Bezirk Nord und die CDA Schleswig-Holstein in der Landesgeschäftsstelle in Kiel zusammengekommen. Im Mittelpunkt standen der Mindestlohn und seine Umsetzung, die sozialpolitische Entwicklung, das Thema Werkverträge und seine Folgen, die Industriepolitik, die Lage am UKSH und Minijobs. Bereits im August 2014 hatten beide Seiten sich in Neumünster getroffen.

Seitens des DGB nahmen der Vorsitzende des DGB Bezirk Nord, Uwe Polkaehn (Foto oben li.), die Abteilungsleiterin Sozialpolitik, Gabriele Wegner und Pressesprecher Günter Beling teil. Seitens der CDA Werner Weiss (Foto oben re.), Jürgen Lamp, Hans-Walter Henningsen, Volker Nehrhoff (Foto unten v. li.), Dr. Andreas Ellendt, Holger Diehr, Helga Lucas, Maik Neubacher, Karl Heinrich Senckel, Volker Bergt und Rainer Horn.



Fotos: Helga Lucas

IMPRESSUM

CDA Landesverband Schleswig-Holstein, Sophienblatt 44-46, 24114 Kiel
Tel.: 0431/66099-33 | www.cda-sh.de | [facebook.com/sozialausschuesse.sh](https://www.facebook.com/sozialausschuesse.sh)
Redaktion: Dr. Andreas Ellendt | post@andreas-ellendt.de | 0177/ 4668 290

Das Jahr 2014: Positionen der CDA Schleswig-Holstein

18. Dezember 2014	CDA mit 2014 zufrieden
16. Dezember 2014	Polizei-„Reformen“: Vorsicht bei Versprechen!
17. November 2014	CDA-Vorschläge Bestandteil der weiteren CDU-Beratungen
13. November 2014	Nicht der Mindestlohn ist falsch - sondern die Bezahlung der Taxifahrer zu gering
13. November 2014	CDA-Initiativen zum CDU-LPT am 15.11.2014 zum Thema Volkspartei und zu Inhalten der Landespolitik
06. November 2014	„Weniger die Bedenken, sondern mehr die Chancen sehen“
05. November 2014	Kalinka: Der bestehende Landesentwicklungsplan 2010 - 2025 ist sachgerecht
31. Oktober 2014	Die Bereitschaftspolizei in Schleswig-Holstein muss gestärkt werden
29. Oktober 2014	CDA: Kein Personalabbau bei der Polizei
28. Oktober 2014	Asylsuchende: Mehr BAMF-Mitarbeiter in den Außenstellen nötig
23. Oktober 2014	Der Innenminister: Sensible Daten sollten nicht per E-Mail versandt werden
18. Oktober 2014	Verwaltungsbescheide in verständlicher Sprache erlassen
30. September 2014	Kalinka: Stellenwert der Sozialpolitik in der Landes-CDU steigt
30. September 2014	CDA: Karenzzeit für ausgeschiedene Kabinettsmitglieder
24. September 2014	Anti-Fracking-Politik der Landesregierung ohne sichtbaren Erfolg
16. September 2014	Nach Wendes Rücktritt: Albig und Stegner werden die alten Bildungs-Träume der SPD weiter verwirklichen
15. September 2014	Mit der AfD argumentativ auseinandersetzen
14. September 2014	„Wara“ Wendes Sonnenblumen verwelken auch bei der GEW
10. September 2014	Zum Thema Datenweitergabe an Dr. Breyer (Piraten) durch das Innenministerium
03. September 2014	Entfristungen statt Sonnenblumen, Ministerin Wende!
01. September 2014	CDA legt Antrag und Analyse zum Thema Volkspartei CDU S-H vor
21. August 2014	Bildungs-Bundesliga: Differenzierte Betrachtung nötig
20. August 2014	Besser wäre, Verkehrsminister Meyer würde den Kommunen Geld geben
19. August 2014	CDA: Klares „Nein“ zu Fracking
18. August 2014	Kalte Progression mindern
15. August 2014	Gutes Gespräch zwischen DGB und CDA
14. August 2014	Sicherheitsabgabe für bestimmte Polizeieinsätze ist geboten
13. August 2014	Der 13. August bleibt Mahnung
07. August 2014	CDA: Dialog ist für Landesregierung meist nur Fassade
07. August 2014	Kalinka fordert Breitner zu sachgerechter Diskussion auf
05. August 2014	Schieflage bei Diskussion über Polizeikosten in Schleswig-Holstein
30. Juli 2014	Salzau ist eine Bühne der Musik und Kultur
30. Juli 2014	Wer hat die Aktenfreigabe an Dr. Breyer genehmigt?
24. Juli 2014	Polizeiliche Ermittlungen: Die Diagnose am Schreibtisch reicht nicht
26. Juni 2014	Die SPD und der Mindestlohn - man reibt sich die Augen
04. Juni 2014	Mindestlohn-Gesetz / Peter Weiß: „Wir setzen ein Zeichen gegen unfaire Löhne“
04. Juni 2014	Mindestlohn: Der Zug fährt
20. Mai 2014	Ein gutes Rentenpaket
14. Mai 2014	Polizei: Landesregierung setzt Zentralisierungs-Kurs fort
14. Mai 2014	CDA: Mindestlohn und Rente mit 63 sind Meilensteine
23. April 2014	Ostereiersuchen mit der CDA am Ostermontag war ein voller Erfolg
16. Januar 2014	Minister Breitner wird zum Problem
08. Januar 2014	„Getöse und Gepolter“ beim Thema Zuwanderung unangebracht

ALLE PRESSEMITTEILUNGEN DER CDA SCHLESWIG-HOLSTEIN UNTER:



WWW.CDA-SH.DE



FACEBOOK.COM/SOZIALAUSSCHUESSE.SH

2014 war für die CDA ein erfolgreiches Jahr

Eine gute Bilanz kennzeichnet das Jahr 2014 für die CDA Schleswig-Holstein. Die CDA hat bei Inhalten und Aussagen Akzente gesetzt.

Die von der CDA Schleswig-Holstein mit zwei umfangreichen konkreten Anträgen unterlegten Themen „Volkspartei CDU Schleswig-Holstein“ und „Programm-inhalte 2017“ werden in 2015 in der CDU weiter beraten werden. Dies sind sehr wichtige Themen, besonders auch mit Blick auf die Landtagswahl 2017.

In der CDU Schleswig-Holstein wird wieder mehr über die Sozialpolitik gesprochen. Die Diskussion auf dem CDU-Landesausschuss am 29. Sept. 2014 unter wesentlicher CDA-Beteiligung hat dies deutlich gemacht. Fest steht: Wenn rund 20% der Bürgerinnen und Bürger von Sozial- und Armutproblemen betroffen sind oder betroffen sein werden, ist dies ein ernstes Problem.

Für eine Mindestentlohnung hat sich die CDA Schleswig-Holstein seit 2007 eingesetzt. 2015 wurde er auf Bundesebene eingeführt. Auch hier hat sich das CDA-Engagement gelohnt.

Dies gilt auch für das Thema „Kalte Progression“. Die CDA Schleswig-Holstein hat sich mit der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung (MIT) und der Jungen Union besonders engagiert für deren Minderung ausgesprochen, was der CDU-Landesausschuss am 29. September 2014 dann auch beschloss. Noch bis 2017 soll nach dem Willen der Bundes-CDU mit der Umsetzung begonnen werden. Die CDU Schleswig-Holstein war einer der Antragsteller auf dem Bundesparteitag.

Erfreulich ist aus Sicht der CDA Schleswig-Holstein auch die Fortsetzung des guten Kontaktes zu den Gewerkschaften und Berufsverbänden.



Volkspartei CDU - was ist zu tun? Seit Jahren hat die CDA Schleswig-Holstein Anregungen und konkrete Vorschläge unterbreitet. Sie hat diese im August 2014 auf der Klausurtagung und am 15. November 2014 auf dem CDU-Landesparteitag in Neumünster eingebracht.

Die CDA-Vorschläge zum Thema Volkspartei und zum Landtagswahlprogramm 2017 sind Bestandteil der weiteren Beratungen in der Landes-CDU

Die CDA-Papiere zu den Themen Volkspartei CDU Schleswig-Holstein und zum Wahlprogramm 2017 („Schleswig-Holstein weiterdenken“) sind Bestandteil der weiteren Beratungen in der CDU Schleswig-Holstein. Einen entsprechenden Beschluss fasste der CDU-Landesparteitag am 15. November 2014. CDA-Landesvorsitzender Werner Kalinka hatte die Anträge begründet.

Die CDA Schleswig-Holstein engagiert sich seit langem inhaltlich intensiv. Beispiele: „Die soziale Balance wahren“; CDU-Klausurtagung Schleswig im Januar 2010,

landespolitische Schwerpunkte 2009 - 2012; Programmdebatte CDU-Landesparteitag Husum 2012; CDU-Klausurtagung Neumünster August 2014, CDU-Landesausschuss zur Sozialpolitik und zur „Kalten Progression“ am 29. September 2014; CDU-Landesparteitag 15. November 2014.

Auch die drei Anträge „Polizeiplanstellen und Polizeipräsenz in Schleswig-Holstein nicht abbauen“, „Erhalt des jetzigen Landesentwicklungsplanes“ und zur Lage der Asylsuchenden und zu Asylverfahren wurden von den Delegierten des Landesparteitages angenommen.

CDA Stormarn bestätigt Kreisvorstand / Aktive Arbeit

Neben der Darstellung der Aufgaben der CDA wurden die Teilnehmer während der Mitgliederversammlung in Tangstedt an die Geschichte der CDA und ihr Leitbild erinnert. So sieht die CDU-Bundesvorsitzende und Bundeskanzlerin, Angela Merkel, die CDA als Impulsgeber der CDU. Laut Heiner Geißler braucht die CDA Mut.

Neben dem ausführlichen Bericht des CDA-Kreisvorsitzenden Jürgen Lamp fanden Wahlen zum Kreisvorstand statt. So wurden Jürgen Lamp aus Tangstedt zum CDA-Kreisvorsitzenden, Maik Neubacher aus Ahrensburg zum stellv. CDA-Kreisvorsitzenden und Hans-Walter Henningsen aus Barsbüttel zum Beisitzer gewählt.

Jürgen Lamp: „Neben öffentlichen Veranstaltungen, so zum Beispiel mit den Themen ‚Schwarzarbeit und Innere Sicherheit‘, haben wir die letzten Wahlprogramme zur Kommunal- und Landtagswahl mit angeschoben und entscheidend geprägt. Die vor Jahren erarbeiteten und immer wieder aktualisierten sozialen Eckpunkte der Stormarner CDA lieferten hierfür die Grundlage.“



Hans-Walter Henningsen, Jürgen Lamp, Maik Neubacher

Als Stormarner CDA haben wir großes Interesse an der Sozialpolitik, Sozialprojekten und ihren Vielfältigkeiten. Wir verstehen uns als Impulsgeber der CDU, sind dabei nicht schüchtern und scheuen uns auch nicht, unbequeme Themen anzugehen.

Gelegentlich erlauben wir uns, unsere Mutterpartei an die Grundsätze einer Volkspartei zu erinnern und beziehen deutliche Positionen. So erinnern wir gern an die Unantastbarkeit der Würde des Menschen und den Vorrang des Menschen vor dem Kapital.“

Für den SSW „ist die bisher geplante Stadtregionalbahn tot“

Nach Auffassung des SSW-Landesvorsitzenden Fleming Meyer „ist die bisher geplante Stadtregionalbahn tot“. Verkehrsminister Reinhard Meyer (SPD) hat die Planungsmittel aus dem Haushalt seines Ministeriums gestrichen. Dies sind die logischen Konsequenzen aus dem Scheitern des mit 380 Mio Euro veranschlagten Polit-Projektes Stadtregionalbahn (SRB) im Kreistag von Rendsburg-Eckernförde. Für Kiels-Ex-OB Susanne Gaschke (SPD) ist sie „Unfug“.

Das Projekt ist weder finanzierbar noch notwendig. Gute Verkehrsanbindungen nach Kiel sind gegeben. Wo diese oder die Verbindungen in der Region verbessert werden können (zum Beispiel durch Rufbusse), sollte dies geschehen. Fest steht: Dies käme finanziell weit günstiger als das Bahnprojekt.



Mit diesem Banner wirbt die CDU im Kreis Plön für moderne „Rufbus“-Systeme als Alternative zu den teuren SRB-Plänen.

Der Sozial-Standort Kiel darf nicht geschwächt werden!

Die CDA hat die schleswig-holsteinische Landesregierung aufgefordert, ihre Pläne zur Schließung des Kieler Standortes des Landesamtes für Soziale Dienste zu korrigieren. Werner Kalinka sagte, die Dienststelle in Kiel habe sich bewährt und sei für viele behinderte Menschen ein ortsnaher, kompetenter und vertrauter Ansprechpartner. Dies aufzugeben, sei für viele betroffene Bürger deutlich nachteilig.

Die Begründung des Sozialministeriums, durch eine Verlagerung nach Neumünster Verwaltungskosten zu

sparen, überzeuge nicht. Kosten für die Verwaltung entstünden auch dort. Jetzt ist vor allem auch der Kieler Oberbürgermeister Ulf Kämpfer gefordert, sich für den Sozial-Standort Kiel einzusetzen und bei Genossen und Grünen in der Landesregierung dessen Bedeutung nachhaltig zu verdeutlichen.

Die bislang dezentrale Arbeit des Landesamtes an den Standorten Kiel, Lübeck, Heide und Schleswig habe gute Gründe. Kalinka: „Ausgerechnet den Standort in Kiel aufgeben zu wollen, überzeugt nicht.“